

Niederschrift

über die 13. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Gleichstellung
am Donnerstag, **30.11.2006**, 17:07 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frau Ursula Bangert-Münzer, Frau Margret Ehring, Frau Eleonore Heyne, Herr Andreas Nicklas,
Frau Monika Pelz-Brambrink, Frau Barbara Stober,

von der SPD-Fraktion

Frau Marianne Hopmann, Frau Gerda Scheidgen-Kleyboldt, Frau Anne Schulze Wintzler,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Dr. Julia Paulus, Frau Claudia Scholz,

von der FDP-Fraktion

Frau Gisela Geschkewitz,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Frau Sieglinde Nowak,

Sachkundige Einwohner/innen

Frau Margaretha Breithaupt-Schüring, Frau Irmgard Grieshop-Sander, Frau Ines Gutschmidt ab
17.20 Uhr, Frau Rosika Schirok,

von der Verwaltung

Frau Martina Arndts-Haupt, Frau Andrea Reckfort, Frau Dr. Anna Ringbeck, Frau Maria-Luise
Schwering

für die Schriftführung

Frau Claudia Welp

Gäste:

Frau Ehsabet Pehlivan, Frau Sabine Mirring

nichtöffentlicher Sitzungsteil keiner

Tagesordnung:

- | | | |
|---------------------------|----|---|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 2. | Berichte der Verwaltung |
| <u>V/0927/2006</u>
V | 3. | Integriertes Handlungskonzept / Städtebaulicher Maßnahmeplan gemäß § 171 e Baugesetzbuch für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Kinderhaus-Brüningheide: Konkretisierung und Durchführung |
| <u>V/0625/2006</u>
V | 4. | Sach- und Finanzbericht der Regionalstelle "Frauen & Beruf" für die Jahre 2004 und 2005 |
| <u>V/0792/2006</u>
OBM | 5. | Finanzielle Förderung von Frauenorganisationen – Antrag BündnisFrauenArbeit |
| | 6. | Anträge der Fraktionen |
| | 7. | Verschiedenes |

Frau Hopmann eröffnet die 13. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung um 17.07 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet die Vorsitzende Frau Hopmann Frau Pelz-Brambrink als Mitglied der CDU-Fraktion und bekräftigt die Verpflichtung mit Handschlag.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Frau Hopmann weist auf die Briefe des KCM und LIVAS hin (Tischvorlage). Frau Pehlivan erläutert die möglichen Auswirkungen der Kürzungen auf die Einrichtungen, falls wie im Rödl-Gutachten vorgeschlagen der Zuschuss um 30% gekürzt würde. Frau Stober weist darauf hin, dass es sich um Vorschläge handelt, die in den Fraktionen noch beraten werden und daher jetzt nicht Gegenstand der Diskussion sein können.

Frau Scholz informiert über die Anzeige der Frauenorganisationen, die als Träger Zuschüsse über das Frauenbüro erhalten. Sie ist in den Tageszeitungen Westfälische Nachrichten und der Münsterschen Zeitung erschienen und weist auf die Folgen der geplanten Kürzungen für 2007 mit der Bitte an den Rat, sie zurückzunehmen hin. Frau Scholz regt an, im Rahmen der Haushaltsberatungen in den Fraktionen der im März unabhängig vom Ausschuss für Gleichstellung getroffenen Entscheidung bezüglich der Kürzung in dem Bereich zu überdenken.

Frau Arndts-Haupt verweist auf den Bericht über den Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt 2005 für Frauen in Münster der Agentur für Arbeit Münster sowie auf die Termine für die Sitzungen des Ausschusses für Gleichstellung in 2007. (beides Tischvorlage)

Frau Arndts Haupt berichtet über die Veranstaltungen zu Frauen im Recht.

Frau Welp berichtet über die Fachtagungen „Stalking“ am 17.10.2006 im Gesundheitshaus, „Diagnose Häusliche Gewalt: Erkennen und Handeln“ am 04.11.2006 im Rathausfestsaal und der dazu gehörenden Benefizveranstaltung am Abend zuvor.

Frau Welp weist auf die Ausstellung „Münsters Standpunkte gegen Gewalt“ die wegen Platzmangel nur in Auszügen im Foyer des Stadthauses 1 vom 24.11. bis 14.12.2006 zu sehen ist. Auch diesmal ist sie um eine Tafel erweitert worden. Seit einigen Monaten gibt es von TERRE DES FEMMES wieder eine Städtegruppe Münster, die aktiv an diesem Thema arbeitet und beteiligt.

Frau Arndts-Haupt informiert über die Zuschussvergabe für Frauenprojekte 2006 (Tischvorlage).

Punkt 2 der Tagesordnung

Berichte der Verwaltung

Es liegen keine Berichte vor.

Punkt 3 der Tagesordnung V/0927/2006

Integriertes Handlungskonzept / Städtebaulicher Maßnahmeplan gemäß § 171 e Baugesetzbuch für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Kinderhaus- Brüningheide: Konkretisierung und Durchführung

Frau Schwering trägt vor und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder. Sie weist auf den Tippfehler in der Vorlage auf S. 2 hin. Die Landeszuweisung beträgt 1.365.000 Euro und nicht 1.168.000 Euro.

Der Ausschuss für Gleichstellung beschließt einstimmig:

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Dem vor dem Hintergrund des im Stadterneuerungsprogramm 2006 sowie mit Schreiben der Bezirksregierung Münster vom 10.10.2006 in Aussicht gestellten Umfangs der Zuwendung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie nach Maßgabe der in der Begründung dargestellten Kriterien konkretisierten Maßnahmekonzept (Integriertes Handlungskonzept / Städtebaulicher Maßnahmeplan für das Gebiet Münster-Kinderhaus, Brüningheide) wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich eines rechtswirksamen Bewilligungsbescheids des Landes Nordrhein-Westfalen, dessen Regelungsinhalte mit dem auf der Grundlage dieser Vorlage getroffenen Ratsbeschluss vereinbar sind, das Maßnahmekonzept in den Jahren 2007 bis 2010 nach Maßgabe der in Anlage 1 dargestellten und in der Begründung erläuterten Prioritäten für die Einzelprojekte durchzuführen.

2. Sofern das Land Nordrhein-Westfalen über die Zuwendung von 700.000 € hinaus weitere Mittel in den Stadterneuerungsprogrammen 2007 ff. zu bewilligen beabsichtigt, sollen auch diese Mittel unter Einbeziehung der mit Ratsbeschluss vom 29.06.2005 bezeichneten Finanzierungsanteile der Stadt inkl. der unter Ziffer 4 dieses Beschlussvorschlags ausgewiesenen Stiftungsmittel und der weiteren Finanzierungsbeiträge Dritter im Rahmen des Handlungskonzepts verwendet werden. Über die Aufteilung dieser zusätzlichen Mittel auf die Einzelprojekte entscheidet der Rat nach Anhörung der Bezirksvertretung Münster-Nord auf der Grundlage einer gesonderten Vorlage. Die Verwaltung wird beauftragt, die rechnerisch noch verbleibende Zuwendung formell zu beantragen.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Handlungskonzept vorgesehene Finanzmittel zur Durchführung der im Handlungsfeld 1 – Wohnen geplanten Projekte, wie von der Bezirksregierung angeregt, bis zur abschließenden Klärung der Verfügbarkeit alternativer (Wohnungsbauförder-)Mittel nicht eingesetzt werden; ob diese Möglichkeit besteht, wird die Verwaltung mit der Bezirksregierung Münster bzw. dem zuständigen Ministerium des Landes möglichst kurzfristig klären. Sofern sich die Möglichkeit realisieren lässt, verändert sich der Finanzierungsplan entsprechend.
4. Der mit Ratsbeschluss vom 29.06.2005 verabschiedete Finanzierungsplan für das Gesamtprojekt wird wie folgt angepasst:

	Beschluss vom 29.06.05:	neu¹:
Zuwendungsfähige Gesamtaufwendungen	1.950.000 €	1.377.750 €
Landeszuwendung	1.365.000 €	826.650 €
Beteiligung Dritter/Träger	85.000 €	51.100 €
Städtischer Anteil (inkl. Stiftungsmittel)	500.000 €	500.000 €

Der städtische Finanzierungsanteil von insgesamt 500.000 € wird im Umfang von 52.000 € aus Mitteln der Stiftung Pfründnerhaus Kinderhaus, im Übrigen aus Haushaltsmitteln bereitgestellt; die Mittel werden wie folgt auf die Haushaltsjahre 2007 ff. verteilt:

Haushaltsjahr	2007	2008	2009	2010
Haushaltsmittel	129.000 €	129.000 €	129.000 €	61.000 €
Stiftungsmittel	13.000 €	13.000 €	13.000 €	13.000 €
städt. Anteile / Jahr	142.000 €	142.000 €	142.000 €	74.000 €

Die Verwaltung wird beauftragt, zu den Haushaltsplanberatungen 2007 entsprechende Veränderungsblätter vorzulegen. Soweit städtische Haushaltsmittel in den Haushaltsjahren 2007 bis 2009 nicht verbraucht werden, kann die Stadtkämmerin entscheiden, sie in das jeweils folgende Haushaltsjahr zu übertragen.

Die für das Haushaltsjahr 2010 vorgesehenen Haushaltsmittel von 61.000 € erhalten einen Sperrvermerk; über die Aufhebung entscheidet der Rat, sobald über die zurzeit in Aussicht gestellte Zuwendung des Landes von 700.000 € eine weitere Zuwendung konkret zu erwarten ist.

Bei Einvernehmen im Projektbeirat können bei Einzelprojekten nicht benötigte Mittel zur Finanzierung anderer, im Handlungskonzept vorgesehener, Maßnahmen und Projekte eingesetzt werden, sofern das Gesamtprofil des Projekts unbeeinträchtigt bleibt.

¹ Inkl. Finanzierungsanteile im Handlungsfeld 1 - Wohnen

5. Der Rat stimmt der in der Begründung dargestellten Projektorganisation zu. Die Fraktionen des Rates werden der Verwaltung jeweils eine Person benennen, die in den Beirat entsandt werden soll. Die Fraktionen in der Bezirksvertretung Münster-Nord werden der Verwaltung ihrerseits je eine Person benennen, die in den Beirat entsandt werden soll.
6. Bei der Entwicklung der Anforderungen an das Untersuchungsdesign für die Evaluierung sowie bei der Reihenfolge der Angebote (Ziffer 5 der Begründung) werden geschlechterdifferenzierte Daten zugrunde gelegt. Bei der Evaluierung und den begleitenden Untersuchungen während der gesamten Laufzeit werden jeweils auch die unterschiedlichen Wirkungen der Projekte und Maßnahmen auf die Lebenssituation von Frauen und Männern bzw. Jungen und Mädchen untersucht und dargestellt.
7. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, die Bezirksvertretung Münster-Nord laufend über die Umsetzung des Projekts zu unterrichten. Der Rat erhält jährliche Zwischenberichte über den Projektverlauf, die zuvor der Bezirksvertretung Münster-Nord, den beteiligten Fachausschüssen und Gremien des Rates sowie dem Ausländerbeirat vorgelegt werden.
8. Im Anschluss an die Durchführung des Handlungskonzepts legt die Verwaltung der Bezirksvertretung Münster-Nord, dem Ausländerbeirat, den beteiligten Ausschüssen und anderen Gremien des Rates sowie dem Rat einen Abschlussbericht mit einer Aus- und Bewertung des Verlaufs sowie der Resultate und weiterführenden Effekte des Gesamtprojekts vor, der sich insbesondere auf die Ergebnisse der prozessbegleitenden Evaluation stützen wird.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0625/2006**

Sach- und Finanzbericht der Regionalstelle "Frauen & Beruf" für die Jahre 2004 und 2005

Frau Dr. Ringbeck trägt vor und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Frau Scholz weist auf die für die Stadt Münster wichtige Arbeit und Potential der Regionalstelle Frauen und Beruf hin und regt an, dies im Rahmen der Haushaltsberatungen zu würdigen und zu berücksichtigen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0792/2006**

**Finanzielle Förderung von Frauenorganisationen -
Antrag Bündnis Frauen Arbeit**

Kein Bericht gewünscht.

Der Ausschuss für Gleichstellung beschließt einstimmig.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

Aus der Haushaltsstelle 0250.718.0000.9 „Förderung von Frauenprojekten“ wird auf der Grundlage der „Richtlinien zur Finanziellen Förderung von Frauenorganisationen, -projekten, und -initiativen“ (Fassung 4/2000) das Bündnis Frauen Arbeit für die Erstellung und Herausgabe des Frauenjahrbuchs 2007 „Arbeiten in Münster“ mit 5.000,00 Euro bezuschusst.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 5.000,00 Euro, aber keine Folgekosten entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
0250.718.0000.9	Förderung von Frauenprojekten	2006	5.000,00	---

Punkt 6 der Tagesordnung

Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

gez.

Marianne Hopmann
Vorsitz

gez.

Claudia Welp
Schriftführung